

# Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 30 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.40 Mk.; durch unsere Kurträger postwegen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2.40 Mk.; bei den deutschen Postämtern wöchentlich 2.40 Mk., ohne Zustellungsgebühr. Die Postämter, Postboten sowie unsere Kurträger und Geschäftsleute nehmen überall Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse der Besitze der Zeitungen, der Lieferanten oder der Telegrafendirektionen — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Abonnent in den obengenannten Fällen keine Haftung, falls die Zeitung verspätet, in besterhaltenem Zustande oder nicht eintrifft. / Einzelverkaufspreis der Nummer 20 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, finden an den Verlag, die Geschäftsstelle oder die Geschäftsstelle. / Irrtümer vorbehalten. / Berliner Vertretung: Berlin G.28.48.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.  
Erscheint seit dem Jahre 1841.



Amtsblatt

für die königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das  
sowie für das königliche

königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff  
Forstrentamt zu Tharandt.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614  
Preis: 77. Jahrg.

Freitag den 25. Oktober 1918.  
Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

## Rücktrittsgesuch der Staatsminister Dr. Beck und von Sendorff.

### Das Banknotenhamstern.

Zu Beginn des Krieges ist man mit berechtigter Schärfe der Goldhamsterei entgegengetreten, und die heftige Werbung hat es auch tatsächlich erreicht, in allen Volksteilen die Erkenntnis zu erwecken, daß das Gold in die Reichsbank gehört und es volkswirtschaftlich geradezu ein Verbrechen darstellt, solches zu hamstern. Der ursprüngliche Sinn dieses Goldhamsterns war natürlich der, daß alles Anglistische für alle Fälle bares Geld zur Hand haben wollten. Durchaus verständlich für die Zeit des dreißigjährigen Krieges, falsch, aber zur Not noch begreiflich für unsere Zeit: Gold und Silber haben eben an sich einen Wert, der kaum je zu zerstören ist. Die Erkenntnis der Bürgerpflicht, das Gold zur Reichsbank zu bringen, hat allerdings durch den Verzicht auf den harten Doppelkronen und Talern erfreulich schmählich werden lassen. Aber mancher hat das alte Sprüchlein, daß „Bargeld laßt“, jetzt auf das Papiergeld übertragen, auf daß es recht wenig paßt. Denn einen stofflichen Wert wie Gold und Silber hat das Blatt Papier natürlich nicht, das wir Banknote, Kassenchein usw. nennen, seine Bedeutung liegt vielmehr darin, daß ihm der Staat die Kraft verliehen hat, im Verkehr eine bestimmte Geldsumme — sei es eine Mark, seien es tausend Mark, das ist für das Wesen des Scheines gleich — darzustellen. Im Verkehr darzustellen, das heißt aber doch nichts anderes, als daß das Papiergeld seinen Wert verleiht hat, wenn es dem Verkehr entzogen und eingesperrt wird. Je mehr Scheine beiseite gebracht werden, um so mehr neue muß die Reichsbank drucken lassen und ausgeben. Damit wird u. a. ihre Metalldeckung verhältnismäßig geringer und das drückt auf den Wert unserer Währung im Ausland. Noch schlimmer aber ist es, daß die Notenhamsterei den Verkehr aus unangenehmen Gründen, weil bald hier, bald da (ähnlich wie bei dem Kleingeldmangel im letzten Winter) Zahlungen aus Mangel an den entsprechenden Scheinen nicht ohne weiteres geleistet werden können.

Dabei haben den bedenkliden volkswirtschaftlichen Schäden, die eben kurz geschildert wurden, noch nicht einmal irgendwelche wirklichen Vorteile vom Standpunkte des einzelnen gegenüber! Doch ihm Geldsummen geteilt werden können, die er zu Hause aufbewahrt — es ist erst in diesen Tagen einem Berliner Gleichheitsmesser mit 60000 Mark so gegangen, die er am gleichen Tage von seiner Depotkassette geholt hatte! — daß es verloren werden, daß es verbrennen kann, das alles sind Gefahren, die jetzt noch größer sind, als im Frieden. Vielmehr glaubt aber, sie in Kauf nehmen zu können, weil ihm die Reichsbanknote sicherer erscheint, als das Bank- oder Sparkassenbuch und weil er „sofort etwas dafür zu kaufen bekommt“. Nun — gegen die Sicherheit einer Forderung an das Reich oder die Reichsbank ist natürlich nicht ein Wort einzuwenden, solange aber Deutschland und die deutsche Volkswirtschaft aufrecht stehen, werden unsere (guten, vorsichtig geteilten) Kassen und Sparkassen sich in der Lage sein, für ihre Einlagen aufzukommen. Ein Hinterbehalt besteht allerdings, auch abgesehen von der Diebstahls- und Brandgefahr: auf Bank- und Sparkassentante werden einem die Einlagen verzinst, die Banknote liegt zinslos dabei! Man sollte aber eigentlich annehmen, daß das gegen das Notenhamstern spricht. . . .

Vom Standpunkte des einzelnen, wie von dem des Volksganges: aus ist die Notenhamsterei sinnlos und schandlich; es wird Sache jedes ruhig und deutlich denkenden Bürgers sein, daraus die gegebenen Folgerungen zu ziehen!

Um der Papiergeldnot zu steuern, hat die Reichsregierung beschlossen, daß die Coupons der 5% igen Kriegsanleihe, die am 2. Januar 1918 fällig werden, schon jetzt als Geldzeichen verwendet werden können. Der Bundesrat hat bereits einer entsprechenden Verordnung zugestimmt. Es handelt sich dabei um eine außergewöhnliche Maßregel. Sie ist nur als Notbehalt anzusehen, und die zuständigen Stellen verlernen wohl keineswegs die Schattenseiten, die hiermit verknüpft sind. Aber der Mangel an Papiergeld liegt keinen anderen Ausweg offen.

Eine Begründung für die Papiergeldhamsterei kann kein Mensch geben, denn hierzu liegt auch nicht der geringste Anlaß vor. Bares Geld gehört nicht in Privatbesitz, es gibt hierfür nur zwei Wege: entweder Kriegsanleihe oder Sparkasse.

**Bedingungslos Kapitulatio n verlangt.**  
Das Echo unserer neuen Note.  
Wafel, 23. Oktober.  
Nach Veröffentlichung der deutschen Antwort brachte eine Neuterweisung zufolge der Republikaner Kolimpre-

vor dem zusammentretenden Senat und Repräsentantenhaus einen Antrag ein, in welchem dem Kongreß vorgeschlagen wird, weitere Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu verbieten, bis die deutschen Militärkräfte bedingungslos kapitulieren.

Der Antrag zeigt den Geist, der in gewissen Kreisen Amerikas herrscht. Ein englisches Blatt schreibt dazu: „Niemand in den Vereinigten Staaten will einer Kompromiß oder wird mit weniger zufrieden sein, als mit einer militärischen Entscheidung, die die militärische Macht Deutschlands bricht.“ Gleichzeitig aber äußert das Blatt Besorgnisse über die Stimmung in Amerika. Es meint, daß brutale Kraft allein kaum hinreichend sein werde, um den Krieg bald zu beenden. Eine Kriegserklärung würde aber für die Stimmung in den Vereinigten Staaten viel gefährlicher sein können, als irgendein etwaiger anderer Faktor.

**Französische und englische Stimmen.**  
Das Urteil der französischen Blätter über die neue deutsche Note ist durchgängig abfällig. Die Blätter meinen, die einzige Ursache, die sich aus der unklaren Note ergebe, sei, daß Deutschland dringend eines Waffenstillstandes bedürfe. Aber daran sei nicht zu denken, solange Deutschland nicht als Besiegter unterhandeln wolle. Die Blätter sind darin einig, daß Präsident Wilson die Antwort nicht als befriedigend ansehen wird. — Nicht wesentlich anders lauten die englischen Stimmen, unter denen sich einige in mäßigen Bekundungen gefaßt, während die meisten von einem „Spiel mit Worten“ reden, dem ein Ende gemacht werden müsse. Lord Lansdowne erklärte in einer Unterredung, die Lage sei sehr kritisch und England müsse sehr behutsam vorgehen. Keiner werde wahrscheinlich die Verteidigung annehmen, daß die deutschen Streitkräfte zu Lande und zur See durch Notwendigkeiten gerechtfertigt oder behördlich werden können. Es bleibe abzuwarten, ob die bekanntgegebene Instruktion einen Stillstand dieser Ausschreitungen zur Folge haben wird. Ihre Erneuerung wäre verhängnisvoll für den weiteren Fortschritt der Verhandlungen.

### Der Aufmarsch der Parteien

**Nachträge aus dem Reichstage.**  
Berlin, 23. Oktober.  
Reichskanzler Prinz Max von Baden hat in seiner gestrigen Reichstagsrede, die das Programm der neuen Regierung ergänzte, erweiterte und vertiefte, auch seinen innerpolitischen Gegnern einige Worte gewidmet. „Ich weiß, meine Herren“, sagte er, „der Rückblick auf die innere politische Ernte der denkwürdigen drei Oktoberwochen löst sehr verschiedene Stimmungen in Ihnen aus. Dem einen wird es als die Schilderung eines unbegreiflichen Naus auf der schiefen Ebene erscheinen, die zum Umsturz der bestehenden Ordnung führt, dem anderen als ein unheilvolles, zögerndes Gähnen nach der neuen Staatsform. Beide Stimmungen mögen ihren Ausdruck finden: das ist das Recht und die Aufgabe der Opposition, die wir gerade für die Unabhängigkeit des Reichstages brauchen.“ Und wenn man die Reden der einzelnen Parteivertreter betrachtet, so findet man, daß diese Worte zutreffen. Nach einer großen Rede des leitenden Staatsmannes folgten in der Öffentlichkeit und nicht zuletzt in der Presse die Äußerungen der anderen Sprecher gewöhnlich mit der Beachtung zu finden, die Ausprüche vom geistigen Stande verdient eingehender behandelt zu werden. Die Redner der Mehrheitsparteien waren sich einig in dem klaren Bekenntnis zu dem neuen Deutschland, das mit dem Regierungswechsel am 5. Oktober ins Leben getreten ist, einzig waren sie auch in der Verurteilung unserer Maßnahmen und Methoden aus der Zeit vor dem großen Wandel. Über darüber hinaus trug doch das Bekenntnis jedes einzelnen Redners zu dem neuen Reiche eine besondere Note.

Der Zentrumsvorredner Herold hob mit Stolz hervor, daß Deutschland nach der Neuordnung des Land mit der freieren Verfassung sei, und diese Umwandlung sei erleichtert und ohne Erschütterung vollzogen worden, nachdem für Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht beschlossen worden und seine Einführung gesichert sei. Zugleich aber verlangte der Redner noch eine Erweiterung der Rechte des Reichstages, indem er ankündigte, daß seine Partei für einen Antrag stimmen werde, der die Zustimmung des Reichstages für jeden Krieg (also auch für einen Verteidigungskrieg) fordere. Außerordentlich eingehend behandelte der sozialdemokratische Redner, Abg. Ebert, den Systemwechsel in Deutschland. Zwar richtete er dabei heftige Angriffe gegen die verantwortlichen Träger der früheren Methoden, aber daß geschah doch nur nebenbei. Im wesentlichen galt seine Rede der Anerkennung des Neubaus, für den er

aber noch mancherlei Wünsche hatte. So forderte er die Durchführung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten auf dem Wege der Reichsgesetzgebung und dazu auch das Wahlrecht für die Frauen. In längerem Ausführungen rechtfertigte der Redner den Eintritt seiner Partei in die Regierung. Die Sozialdemokratie habe nichts damit preisgegeben und nichts verleugnet. Sie lehne aber eine Verantwortung für alles ab, was vor dem 5. Oktober geschah.

Einen staatsrechtlichen Vergleich zwischen dem alten und dem neuen Deutschland zog dann der Abgeordnete Raumann (Soz.). Er tadelte den Geist der Zweifelpolitik, der seit Beginn des Krieges in unserer Regierung und besonders in der auswärtigen Politik geherrscht und uns den Vorwurf der Unredlichkeit in der ganzen Welt eingetragen habe. „Weshalb ist denn die ganze Welt gegen uns?“ fragte der Redner. „Gewiß ist sie durch englische Lügen aufgebracht, aber eine Lüge, hinter der gar nichts ist, haftet nicht. Wahr ist an der Lüge, daß die Deutschen, weil sie sich selbst mühsam aus dem Niederbruch herausgearbeitet haben, einen freien und harten Staatsgedanken nicht nur nicht haben überwinden können, sondern weil sie aus dieser Not sogar eine Lüge gemacht haben.“ Die Wandlung seit dem 5. Oktober bezeichnet der Redner als einen Anfang, auf den Beginn einer neuen Zeit der deutschen Geschichte, in der nun nur an der Grundlage der Freiheit in der Mitte des Staatsgedankens steht. Der Schluß der Rede Raumanns war ein Ruf nach freies Bekenntnis zu der Kraft und Lebendigkeit der deutschen Nation.

In ähnlichen Gedankenrichtungen bewegte sich auch der nationalliberale Redner Dr. Streilmann, der ebenfalls mancherlei Worte der Kritik gegen das alte System sprach. Er schied unmissverständlich ein, daß er an den deutschen Frieden geblieben habe, aber die Entlohnung der Dinge habe ihn befehrt, und wenn keine Partei mit ihrer jetzigen Stellungnahme die Tradition eines hohen Soldatenberufs verungünte, so ist dies durch die Notwendigkeit und durch die Lage gerechtfertigt.

Den Schluß der Rede hielt der erste Abgeordnete des Abg. Graf Beckow (Cons.). Mit würdigen Worten begrüßte er die ablehnende Haltung seiner Fraktion gegen die Neuordnung und bezeichnete die politische Entscheidung als eine verhängnisvolle Wendung, von der schwere Gefahren für die Zukunft des Vaterlandes zu besorgen seien. Der Redner unterzog die erwähnten Verfassungsänderungen einer scharfen Kritik und betonte, daß seine Freunde und er der neuen Regierung gegenüber als Oppositionspartei stehen, in der Hoffnung und in dem Vertrauen, daß konservative Ansehen eine erste gerechtere Würdigung finden werden, als das jetzt der Fall ist. Es kann nicht wundernehmen, daß der Abg. Haack (N. Soc.) mit den üblichen Worten nach den Maßnahmen der neuen Regierung antritt. Seine Ausführungen, maßlos in der Form und unheimlich im Ton, konnten indes kein Bild der Reichstagsfraktion, das eine innere Gleichheit in der großen Linie zeigte, nicht trüben.

Nach der Rede des Abg. Haack ergriß der Reichskanzler v. Beyer das Wort zu einer längeren Rede. Er wandte sich weniger gegen den Redner der bayerischen Linken, als vielmehr gegen den geistigen Redner von der äußersten Rechten, den Grafen Beckow. Dann nahm ein Vertreter der Polen das Wort. Er war Flug von der Partei, daß sie nicht einen ihrer höchsten, sondern den Abg. Stysiel vorzöge, der gekämpft im Ton und in der Sache die Wünsche seiner Partei ausbrachte. . . .

Wenn mit Aufnahme des Abg. Haack die Aufmerksamkeit zeigte, daß die einzelnen Parteien noch mancherlei Sonderwünsche haben, wenn sie auch ergeb, daß viele Mitglieder des Reichstages die Neuordnung nicht mit Zustimmung und viele sie mit Beforgnis betrachten, in einem waren alle Redner einig: Deutschland darf nicht vernichtet werden. Wenn der Abg. Herold die Aufhebung des letzten Mannes forderte, wenn Abg. Ebert erklärte, wir hätten alles aufbieten, damit das deutsche Volk nicht untergeht, wenn Abg. Raumann hervorhob, daß wir nicht tot zu machen sind, wenn Abg. Streilmann erklärte, unter letzter Kampf über, wenn das Schicksal unfreier Untertan bekümmern habe, nur ein solches sein, daß wir vor der Despotie bestehen, und wenn Abg. Beckow betonte: Wir wissen, daß das Volk seinen schmerzhaften Frieden umsetzen will und angeschlossen braucht, so muß das alles freudige Willkommen zu der unerschütterlichen Kraft unserer Nation und zu der Überzeugung: Wir wollen Frieden, aber nicht um den Preis unserer Ehre.